

Jugendkriminalität bekämpfen – Prävention und Repression in ein neues Gleichgewicht bringen!

Eine zentrale Aufgabe des demokratischen Staates ist der Schutz seiner Bürger vor Kriminalität. Verantwortlich handelnde Politik muss die objektive und subjektive Sicherheit der Menschen dabei nicht nur aus moralischen Gründen gewährleisten. Der demokratische Staat hat auch aus seinem Selbsterhaltungsinteresse heraus allen Grund, dieses Politikfeld nicht zu vernachlässigen.

Vor diesem Hintergrund ist die seit einigen Jahren stark gestiegene und nun auf hohem Niveau stagnierende Jugendkriminalität ein Alarmzeichen für unsere Gesellschaft. Kinder, Jugendliche und Heranwachsende sind dabei in zweierlei Hinsicht betroffen: als Opfer und als Täter. Die Junge Union Elbe-Weser (JU) setzt sich deshalb für eine strikte Bekämpfung der Jugendkriminalität ein. Wir verstehen dabei präventive und repressive Maßnahmen nicht als Gegensatz. Sie sind zwei Seiten derselben Medaille.

Ursachen der Jugendkriminalität

Kinder und Jugendliche wollen Grenzen austesten. Dies ist eine natürliche Folge des Erwachsenwerdens. Eine Minderheit der Jugendlichen überschreitet jedoch auch legale Grenzen und wird kriminell.

Versagen von Elternhaus und Gesellschaft

Die Gesellschaft versteht es heute oftmals nicht mehr, Kinder und Jugendliche nach allgemein verbindlichen Regeln zu erziehen. Sie vernachlässigt das starke Bindungsbedürfnis bei Kindern und Jugendlichen und versagt oftmals als Vorbild. Die Kindererziehung wird durch die negativen Auswirkungen der modernen individualisierten Gesellschaft erschwert: Scheidung, Arbeitslosigkeit, berufliche Belastungen, Alkoholkrankheit, familiäre Gewalt oder eine missverständliche antiautoritäre Erziehung sind nur einige Ursachen für die nachlassende Fähigkeit unserer Gesellschaft, Kindern und Jugendlichen Grenzen zu setzen. Insbesondere sozial schwache Schichten der Bevölkerung sind mit der Erziehung ihrer Kinder vielfach überfordert.

Konflikte als Folge von Zuwanderung

Die Zuwanderung nach Deutschland hat neben positiven auch negative Auswirkungen nach sich gezogen. Der über Jahrzehnte ungesteuert verlaufene Zuzug von Ausländern und Aussiedlern ist problembehaftet. Vor allem ist auch ein mangelnder Integrationswille bei einigen Zuwanderern zu erkennen. Die Gesetze und Normen der Mehrheitsgesellschaft werden abgelehnt, weil sich die jungen Zuwanderer nicht als deren Bestandteil ansehen.

Leichter Zugang zu Suchtmitteln

Der leichte Zugang von Kindern und Jugendlichen zu legalen und illegalen Suchtmitteln ist ein weiterer Faktor für Jugendkriminalität. Drogensucht und der damit einhergehende Kontrollverlust führen vor allem zu Beschaffungskriminalität. Eine weitere Folge ist die Senkung der Hemmschwelle bei jungen Menschen.

Bekämpfung der Jugendkriminalität

Jugendkriminalität kann nur durch ein Zusammenwirken von Eltern, Lehrern, Erziehern, Justiz, Polizei und Gesellschaft wirkungsvoll bekämpft werden. Dabei setzt sich die JU für ein Gleichgewicht zwischen Prävention und Repression ein. Die polizeiliche und juristische Bekämpfung der Jugendkriminalität bleibt für uns ein zentrales Mittel zur Abschreckung der

52 Täter. Opfer haben zudem ein Anrecht auf eine angemessene Sühneleistung des Täters. Nach
53 Ansicht der JU soll die Strafe auch weiterhin eine erzieherische Funktion haben. Für die JU
54 sind dabei folgende Vorschläge wichtige Bausteine des Kampfes gegen Jugendkriminalität:
55

56 *Präventive Maßnahmen*

57

58 • Die Familie ist als wichtigster Ort der Wertevermittlung zu stärken. Der Staat ist
59 gefordert, die ökonomische Sicherheit der Familien zu verbessern. Die Arbeitgeber
60 müssen ihren Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten.
61

62 • Das Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche ist kontinuierlich auszubauen.
63 Hierzu soll das Land Niedersachsen gemeinsam mit den Kommunen einen
64 landesweiten Betreuungs-Rahmenplan aufstellen. Darin sollen bisher bestehende
65 Betreuungsangebote besser koordiniert und Lücken geschlossen werden.
66

67 • Kindern und Jugendlichen ist die gewaltfreie Problembewältigung gezielt zu
68 vermitteln. Hierzu müssen entsprechende Angebote in Schulen und
69 Jugendeinrichtungen geschaffen und/oder ausgebaut werden.
70

71 • Jugendliche müssen sich aktiv in die Gesellschaft einbringen können. Deshalb müssen
72 sie besser über ihre demokratischen Rechte aufgeklärt werden. Institutionen über die
73 Jugendliche ihre Interessen demokratisch einbringen können sind zu schaffen
74 beziehungsweise zu stärken (z. B. Schülerräte, Jugendparlamente,
75 Jugendorganisationen).
76

77 • Kindergärten und Spielkreise müssen verstärkt integrative und Bildungsaufgaben
78 übernehmen. Sprachförderung und gezielte Vorbereitung auf den Schulbesuch
79 bedürfen dabei einer daran angepassten Ausbildung der Erzieher. Die JU fordert die
80 Landesregierung auf zu prüfen, inwieweit die Einführung einer Kindergartenpflicht
81 hilfreich ist, um diese Ziele zu erreichen.
82

83 • Die schlechte wirtschaftliche Lage hat Jugendlichen den Eindruck vermittelt, sie
84 hätten keine Zukunftsperspektive. Die notwendigen Reformen des Sozialstaates sind
85 daher verstärkt fortzusetzen.
86

87 • Der Autoritätsverlust von Lehrern ist zu stoppen. An Schulen sollen Lehrer, Eltern
88 und Schüler einen Schulvertrag schließen, der für Regelübertretungen genaue Strafen
89 vorsieht.
90

91 • Die Zusammenarbeit von Jugendämtern, Schulen, Streetworkern, Jugendzentren,
92 Polizei und Justiz ist zu verbessern. Vorhandene Informationen über auffällige
93 Jugendliche müssen besser vernetzt werden.
94

95 *Repressive Maßnahmen*

96

97 • Die Justiz muss, vor allem bei Wiederholungstätern, den vorhandenen Strafrahmen
98 voll ausschöpfen. Verfahrenseinstellungen wg. Geringfügigkeit ohne Sanktionen
99 dürfen auch bei Ersttätern nicht mehr möglich sein.
100

101 • Bei Jugendlichen mit hohem Gewaltpotential sind die Möglichkeiten der
102 geschlossenen Heimunterbringung verstärkt zu nutzen. Dabei sind Heime mit

103 unterschiedlich starker Sicherung vorzuhalten, um den jeweilig unterschiedlichen
104 Fehlentwicklungen der Jugendlichen gerecht zu werden (Differenzierung).

105

106 • Zur Bekämpfung der Beschaffungskriminalität müssen Drogensüchtige die
107 Möglichkeit erhalten, einen Entzugsplatz zu bekommen. Entsprechende Plätze sind zu
108 erweitern. Gleichzeitig müssen Drogenersatzstoffe und Drogen von staatlichen Stellen
109 an Schwerstabhängige abgegeben werden, um zumindest dem Übel der
110 Beschaffungskriminalität Herr zu werden. Jeder Mensch hat eine zweite Chance
111 verdient.

112

113 • Strafverfahren dauern oftmals zu lange. Gerade bei Jugendlichen müssen daher die
114 Verfahren beschleunigt werden, damit ein Erziehungseffekt eintreten kann. Die
115 Anwendung der vereinfachten Verfahren muss gefördert werden. Dieses setzt eine
116 bessere personelle Besetzung von Gerichten und Staatsanwaltschaften voraus. Die
117 entsprechenden gesetzlichen Regelungen sind zu schaffen.

118

119 • Junge Serienstraftäter, die jünger als 14 Jahre sind dürfen nicht mehr ungestraft in die
120 Gesellschaft entlassen werden. Die bisherige starre Regelung des
121 Strafmündigkeitsalters ist daher zu flexibilisieren. In besonderen Einzelfällen soll die
122 Möglichkeit geschaffen werden, bereits ab 12 Jahren die Strafmündigkeit
123 festzustellen. Die Einzelfallprüfung soll sich am Reifegrad orientieren.

124

125 • Bei Straftätern über 18 Jahren ist zukünftig grundsätzlich das Erwachsenenstrafrecht
126 anzuwenden.

127

128 • Die elektronische Fußfessel in bestimmten Fällen eine sinnvolle Strafmöglichkeit.
129 Deshalb ist ihr Einsatz im Jugendstrafrecht zu fördern.

130

131 • Bei schwersten Straftaten ist die zulässige Höchststrafe von 10 Jahren für Jugendliche
132 nicht ausreichend. Gerade im Hinblick auf Mordopfer wollen wir deshalb eine
133 Erhöhung der Höchststrafe auf 15 Jahre.

134

135 • Jugendliche müssen innovativ bestraft werden. Die Verhängung von Fahrverboten
136 oder das Verbot des Mitsichführens bestimmter Gegenstände müssen als
137 eigenständige Strafmöglichkeiten zulässig sein.

138

139 **Schluss**

140

141 Die JU setzt sich als politische Jugendorganisation konsequent für die Rechte der Opfer ein.
142 Jugendliche müssen für kriminelle Taten geradestehen. Kriminalität entsteht nicht aus dem
143 Nichts. Deshalb müssen präventive Maßnahmen immer eine wichtige Rolle spielen. Die JU
144 will Prävention und Repression in ein neues Gleichgewicht bringen!